

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk.; d. zw. die Post bezogen monatlich 3 Mk., vierteljährlich 9 Mk. — Druck- und Verlagsanstalt für den Bergbau, Berlin, Spandauer Str. 22. — Telefon Nr. 32, 33 u. 274. — Telegramm-Nr.: Bergbau B 284.

Lehren der Preußenwahl.

Wenn man das Wahlergebnis, namentlich in den großen Industriegebieten und Großstädten, überfliehet, dann fällt zunächst eine erhebliche Wahlenthaltung bestimmter Wählerkreise auf. In den landwirtschaftlichen Bezirken war die Wahlbeteiligung meistens stärker. Der höchste Schwachsatz ergab sich bei den „radikalen“ Sozialisten und Kommunisten: „Seht überhaupt nicht zur Wahl! Der Parlamentarismus hilft der Arbeiterschaft nichts“, dieses Gerücht politischer Rindsköpfe hat augenscheinlich doch sehr viele Wahlberechtigten von der Ausübung ihrer vornehmlichen Bürgerpflicht abgehalten. Verstärkt wurde die Wahlflaute sicherlich auch nicht am wenigsten durch den ungeliebten, abstoßenden Kampf zwischen den Parteien, die vornehmlich auf die Industriearbeiter rechnen. Unter diesen ist zweifellos die Wahlenthaltung weitestgehend am stärksten gewesen, zum Schaden der schwerbedrängten Arbeiterinteressen. Die Hauptleidtragenden sind zunächst die beiden äußersten Linksparteien, weil zwischen diesen der Streit am fanatischsten geführt wurde. Der 20. Februar 1921 brachte denn auch einen geradezu ungeheuren Rückgang der Stimmen für die linksgerichtete sozialdemokratische Partei. Dieser ungeheure Verlust kann aber von ihrem linksstehenden Konkurrenten, den Kommunisten, nicht als Gewinn gebucht werden, denn auch sie sind durch den Wahlschmerz schwer enttäuscht.

Die Prediger der „radikalsten“ Wahlenthaltung und der besonders wütende Streit zwischen USB. und Kommunisten haben hunderttausende, zweifellos weit überwiegend der Arbeiterklasse angehörende Wahlberechtigte abgehalten, ihr Wahlrecht zu benutzen. Auch wenn man die Stimmen der USB. und der Kommunisten zusammenschlüsselt mit denen der Sozialdemokraten, fehlen immer noch hunderttausende Stimmen im Vergleich zu denen, die für die Linksparteien 1919 abgegeben wurden. Die Wahlenthaltung ist der stärkste Beweis politischer Unreife. Politische Kinder glauben natürlich, sie sei die höchste politische Weisheit. Wie ja so viele Arbeiter glauben, am geschicktesten sei es, sich „gar nicht“ gewerkschaftlich zu organisieren. Wer sich aber durch solche Unfähigkeit auszeichnete, darf sich nicht über die Folgen beklagen. Wie man sich bettet, so schläft man.

Im Stimmen verloren haben auch die Deutschdemokraten. Die demokratisch-republikanische Parole findet bei den Massen des „besseren“ Mittelstandes und Bürgertums keinen Anklang. Die Engel der Jünglinge und Männer, welche einstens das Bildnis des Durchschlagshelden Sand auf dem schwarzen Gold umhertragen, tragen heute die Flagge der „besseren“ Bürgertums. Die Demokraten sind weniger wie die Rechtsparteien der Sozialisierung feindlich gesinnt, können sie auch auf die Arbeiterinteressen keinen nennenswerten Einfluss ausüben.

Auch die Deutsche Volkspartei (die früheren Nationalistpartei), die markanteste Vertreterin schwerindustrieller Vorkriegspläne, hat am 20. Februar gegenüber der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 in fast allen Wahlkreisen absolut oder relativ Stimmenverluste erlitten trotz einer mit riesigen finanziellen Mitteln betriebenen Agitation. Seitdem diese Partei an der Reichsregierung teilnimmt, hat sie bewiesen, daß auch sie nur mit Wasser kochen kann, auch sie vor der unlöslichen Aufgabe steht, die wirtschaftlichen und politischen Folgen des Krieges in der verbleibenden Frist zu überwinden.

Davon hat die rechtsstehende Partei der Deutschnationalen (die früheren Konservativen) infolge einer bedenkenlosen Agitation noch einmal profitiert dank der politischen Unbildung großer Massen des „Volkes der Dichter und Denker“. Es hat augenscheinlich eine starke Abwanderung von der Volkspartei zu den Deutschnationalen stattgefunden. Diese haben Nutzen gezogen, wie die Kommunisten, aus ihrer „grundlegenden Opposition“, eine Sache, die dem Durchschnittsmittel besonders in den landwirtschaftlichen Kreisen stark imponiert. Diese Zunahme der reaktionären, am meisten

militaristisch-monarchistisch gerichteten Partei hat den Ententemilitaristen Wasser auf die Mühlen getrieben!

Gut gehalten hat sich diesmal die Zentrumsparlei. Ihr kommt das Stimmrecht der Frauen noch besonders zugute. Der Appell an die kirchlich-geimmten Wähler, die angeblich bedrohte Religion zu schützen, fruchtet naturgemäß am stärksten gefühlsmäßig bei dem weiblichen Teil der Wählerschaft, obgleich hervorragende Zentrumsführer zugeben, daß die kirchlichen Gemeinschaften sich nirgends größerer Freiheit erfreuen, als in dem neuen Deutschland. Bemerkenswert sind aber die vielen Stimmen für die kommunistischen Kandidaten in Bezirken mit vorwiegend katholischer Bevölkerung. Man sehe sich daraufhin die Wahlergebnisse in den westlichen Industrieorten an!

Der Umstand, daß die Sozialdemokratie diesmal in allen Wahlkreisen wieder starke Fortschritte gemacht hat, gleichwohl der Erfolg der Deutschnationalen zum erheblichen Teil wieder ar. oder keineswegs vollständig. Würde die linksgerichtete Arbeiterklasse einheitlich in den Wahlkampf getreten sein, ungeheurer viel Kraft würde dann nicht im zerstörenden Bruderkampf verschwendet. Die gewaltige Stosskraft der vielmillionenköpfigen Arbeiterklasse konnte dann eingesetzt werden zum Schutz der Demokratie und für den Triumph des Sozialisierungsgedankens. Statt dessen zerfiel man sich zum Gaudium der Sozialisierungsfeinde. Deren Mehrheit im Preußenlandtag ist nun größer als in der vorhergehenden Landesversammlung. Die Schuld daran tragen die Fanatiker, deren ihre Redhaberei höher steht als die Einheitsfront der Arbeiterklasse. Die USB. hat dem Sturm der kommunistischen Stoßtruppe nicht standhalten können. Aber auch die Kommunisten müssen heute sehen, daß sie nur eine kleine Minorität im Volke hinter sich haben. Was sie veranlassen muß, ihrem Traum von „Diktatur“ nach Moskauer Rezept Valed zu sagen. Die übergroße Volksmajorität hat sich gegen die Diktatur erklärt und will somit von gewaltpolitischen Experimenten nichts wissen! Das muß jeder Vernünftige aus dem preussischen Wahlergebnis lernen.

Wer in der Arbeiterschaft nicht mit unheilbarer Blindheit geschlagen ist, muß nun einsehen, daß es mit der Befreiung der Arbeiterklasse nicht weiter gehen darf. Schon ist dadurch manch wichtige Position verloren gegangen. Mit Macht drängen die Feinde der Demokratie und der Sozialisierung auf die Wiederherstellung des „alten Preußen“ der weißen Saube! Soll die Reaktion siegen? Oder soll nun nicht endlich die Streitart zwischen den Arbeitern begraben sein? Sie muß begraben werden! Reicht euch die Hände brüderlich, ihr Arbeiter! Nur die Einheit macht euch unüberwindlich!

Bei den Kreiswahlen am 20. Februar 1921 erhielten Stimmen und Mandate:

Partei	Stimmen	Mandate
Mehrheitssozialisten	4 171 226	114
Unabhängige Sozialisten	1 055 923	29
Vereinigete Kommunisten	1 207 695	20
Demokraten	977 488	26
Zentrum	2 984 002	81
Deutsche Volkspartei	2 266 557	58
Deutschnationaler Volkspartei	2 842 667	78

Bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 haben im preussischen Staatsgebiet Stimmen erhalten: Mehrheitssozialisten 3 262 617, Unabhängige Sozialisten 898 922, Vereinigte Kommunisten 1 077 577, Demokraten 1 081 025, Zentrum 2 763 956, Deutsche Volkspartei 2 262 450, Deutschnationaler Volkspartei 2 151 957. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Ostpreußen und Schleswig-Holstein am 6. Juni nicht mitbestimmt haben, so daß sich diese Zahlen etwas ergänzen.

und des christlichen Gewerkschafts haben in Genf in einer gemeinsamen Erklärung die Sozialisierung des Bergbaues gefordert. Diese Erklärung gab der Gewerkschaftsvorsitzende und Zentrumsabgeordnete Sembusch ab. Auch die Einführung

Einheitsfront ist von dem sogenannten „sozialdemokratischen“ Verband wie vom Gewerkschaftsverband vorgeschlagen als Folge vorhergegangener technischer Vorbereitungen. Die Zentrumspresse nennt das einen „Röder“. Für den Bergarbeiterverband können wir erklären, daß er keinen Körber auswirft.

Wie aber erst will der „christliche“ Schriftent seine unerhörte Behauptung rechtfertigen, die Zerpflückung der Arbeiter durch die Sozialdemokratie „gebe der Entente den Mut, ihre schamlosen Forderungen zu stellen“. Darum müßte der Bergmann auch — die Uebersichten machen! Unglückliches Volk, das sich in so frecher Weise anlügen läßt!

Die Ententeleistungen sind die Folgen des Krieges. Den hat Deutschland militärisch verloren, weil die frevelhafte kriegsbereitschaften Gewaltanbeter seit die ganze Welt gegen uns aufbrachten und sich einem Verdringungskrieg widerlegten, bis er nicht mehr möglich war. Gerade die „christliche“ Zentrumspresse ist es gewesen, die das wahnhühige Ultimatum an Serbien — das heute kein Mensch mehr verantworten will — unterstützt und zum Krieg angefeuert hat, statt nach dem Gebot zu handeln: „Du sollst nicht töten!“ Ein wahrer Blutrausch hatte die Zentrumspresse erfährt. Wenn man will, bringen wir dafür zahlreiche Beweise. Das Herrliche „Düsseldorfer Tageblatt“ vom 5. August 1914 beispielsweise war nicht mit dem unjünglichen Einbruch in Belgien zufrieden, sondern schrieb: „Das nächste Gebot ist: nach Holland hinein!“ Die Dortmunder „Tremonia“ jubelte über das Sterben der Menschennarren in den masurenischen Seen — es waren ja „nur Russen“. Und das soll „Christentum“ sein?

Mit den alldentsch-deutschnationalen Kriegstreibern zusammen stimmte sich die Zentrumspresse gegen einen sogenannten „vorgezogenen Frieden“. Am 7. Februar 1915 schrieb das Kriegsbüllettschwesterscheinstern der Zentrums, die „König. Volkszeitung“: „Ein Frieden wäre jetzt ein Unglück! Erst muß der Feind bezwungen werden. Das verlangt unsere Ehre!“ Um dieser „Ehre“ willen mußten noch Millionen Menschen getötet, mußten noch mehr blühende Landschaften zur Wüste gemacht werden. Das verlangte die „Ehre“ der Leute, die vorgeben, im Sinne Christus, der opferbereitste Menschenliebe gelehrt hat, zu handeln. Um dieser „Ehre“ willen wurde der Krieg noch bis in den Herbst 1918, bis zum völligen Zusammenbruch aller Hoffnungen der alldentschen, „nationalen“ und zentrumslichen Eroberungsprediger fortgesetzt. Kurz vor diesem Ende wurden aber auch noch militärisch ungerichtete zerstörerische Maßnahmen in Nordfrankreich vorgenommen! Dann haben die Franzosen das Saargebiet eingenommen und fordern von uns viele Millionen Tonnen Kohlen zur „Wiedergutmachung“. Jeder Kenner des Versailler Diktats weiß das. Die Zentrumspresse will diesen Zustand fälschen, indem sie nun lügt, die „sozialdemokratischen“ Volksgenossen hätten die Entente zu ihrer maßlosen Forderung veranlaßt. Welch abgründige Verlogenheit! Unserem Verband, der von den Zentrumsagitatoren aus agitatorischen Gründen „sozialdemokratisch“ genannt wird, obgleich er jeder Partei selbstständig gegenüber steht, indirekt die Schuld an den Ententeleistungen zuzuschreiben, das bringt doch nur ein Mensch fertig, der keinen Schimmer von christlicher Wahrheitsliebe besitzt. Schämmer als durch diesen Lügner kann der christliche Gedanke der Wahrhaftigkeit nicht geschändet werden.

Von welchem grauigen Blutrausch die „christliche“ Zentrumspresse befallen war, erhebt deutlich aus der zentralen „Eiffener Volkszeitung“. Dieses „christliche“ Blatt schrieb am 20. August 1915:

„Eine hohe Feierstunde (1), die allein ein Menschenleben schon lebenswert macht (11), ist es, die denen beschieden war, die die von-dorer Eith so im nützlichen Punkte in den lobenswerten Flammen und Explosionen der deutschen Bombengeschwader auf-leuchtend unter sich sahen!“

Diesem Ausbruch eines entsetzlichen Blutrausches steht der normal empfindende Mensch gegenüber. Wer diesen „jubelnden Pöblemonten“ über die grauige Vernichtung von Menschenleben ausgelassen hat, nennt sich aber auch ein „Christ“. Er entrüstet sich heute über die Folgen seiner Barbarei und will seine schwere Verurteilung gegen die Menschlichkeit ausgerechnet den Volksgenossen zuschieben, die den Krieg nicht bekämpft haben.

Sind das Christen, die so freivol falsches Zeugnis reden wider ihre Mitmenschen? Nein, das sind Schänder des Christentums!

Geschichtsfälscher an der Arbeit.

Sind das Christen?

Aus der Fülle des Schwindels, der während der Propaganda für die preussische Landtagswahl auch über die „Sünden des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes“ verbreitet worden ist, greifen wir eine besonders dreiste Geschichtsfälschung heraus. Die Zentrumspresse, u. a. das Bochumer Zentrumsblatt (18. Febr. 21) brachte einen Artikel, in welchem es heißt:

„Bergmann, du kennst den Röder ja zur Genüge: „sofortige Sozialisierung des Bergbaues“.

„sofortige Einführung der Sechsstundenschicht“ usw., usw. Als die Sozialdemokratie diesen Röder auslegte, behauptete sie mit frommem Augenaufschlag: „Bergmann, das forderst du nur, weil ich mich um deine Gesundheit sorgte!“ Bergmann, glaubst du das? Nein, du bist der Sozialdemokratie auch jetzt nur das, was du ihr immer gewesen bist, Mittel zum Zweck.

Weißt du, wem du es zu verdanken hast, daß du Uebersichten machen müßt? Den Forderungen der Entente! Bergmann, weißt du, wer der Entente den Mut gibt, immer schamlosere Forderungen zu stellen? Nun,

die Sozialdemokratie, die die deutschen Arbeiter in Parteien und Gewerkschaften, in Gruppen und Schüssen gesplittert und dadurch der Regierung den Rücken raubt.“

Diese verlogene Art von „Volksaufklärung“ ist es, die das Volk auch in den verbrecherischen Krieg geführt hat. „Christlich“ nennen sich die Leute auch noch, die in so freivoller Weise falsche Zeugnisse wider ihre Mitmenschen verbreiten.

Wenn die Sozialisierung und die Sechsstundenschicht nur ein „Röder“ für die Bergleute“ ist, dann hat sich auch der christliche Gewerkschaftsverband des Bergarbeiterbetrugs schuldig gemacht. Vertreter des „sozialdemokratischen“ Verbandes

Wachtung! Die Wahl der Mitglieder des Berg-gewerbegerichts Dortmund ist in den Wahlamterbezirken ausgeschrieben worden. Gewählt wird am 3. März auf den Schichtanlagen, die in den Wahlanschriften als Stimmbezirke bezeichnet sind. Jeder Wähler muß bei der Wahl einen Ausweis über seine Person, wie: Lohnbuch, Stenerzettel u. dgl. vorgeigen. Werbt für die Liste der freien Gewerkschaften, mit denen wir gemeinsam vorgehen. Nicht auf die Nummer dieser Liste! Der 3. März muß zeigen, daß die freien Gewerkschaften nach wie vor im Bergbau ausschlaggebend sind. — Darum muß jeder Verbandslamerad wählen!

der Sechstundenschicht hat der christliche Gewerkschaftsverband 1919 in derselben Weise verlangt wie der „sozialdemokratische“ alte Verband, sogar ebenfalls in einem gemeinsamen Antrag und zwar in der preussischen Landesversammlung. Die Sechst-

Betriebsrätewahlen.

In den nächsten Wochen finden fast in allen Betrieben Betriebsrätewahlen statt. Diese Wahlen sind von größter Bedeutung. Neben der Interessenvertretung der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber haben die Betriebsräte wichtige wirtschaftliche Funktionen zu erfüllen. Nur in engster Gemeinschaft mit den Gewerkschaften, nur als deren Organe können die Betriebsräte ihren Aufgaben gerecht werden.

Die Unternehmer versuchen, die Einrichtung der Betriebsräte unntirksam zu machen wo sie nur können. Sie sehen dabei alle Mittel ihrer geschlossenen Organisation ein. Wie das Unternehmertum seine Zeit erkannt hat und dementsprechend handelt, dafür seien einige Sätze aus einem Artikel des Geschäftsführers der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Herrn Dr. Fängele, zum 50. Jahrestag der Reichsgründung am 18. Januar angeführt. Der Artikel ist überschrieben: „50 Jahre Organisationsentwicklung im Unternehmerlager“. Nachdem in dem Artikel auf die veränderte Lage nach der Revolution und auf die dadurch entstandenen neuen Aufgaben hingewiesen ist, heißt es am Schlußes des Textes:

„Diese gewaltige Arbeit hat die Arbeitgeberverbände immer mehr gefestigt, den Zusammenhalt der Arbeitgeber gestärkt und zu träftvollem Ausbau der Organisation geführt, die auch für die entsprechenden Zusammenschlüsse in den übrigen Industriezweigen Vorbild geworden ist. Die gesamte deutsche Industrie und das Gewerbe mit ihren hunderte-tausenden von Betrieben und Millionen von beschäftigten Arbeitern haben sich in fast 2000 Verbänden in der Vereinigung der deut-

„Arbeitgeberverbände“ zu einheitlicher und geschlossener Gesamtarbeit veranlagt. Die Organisation steht seit auf dem Boden der Reichseinheit und beugt den 50. Geburtstag des Deutschen Reiches in der ungebrochenen Enschlossenheit aller ihrer Mitglieder, die Fähigkeiten und die Lauffraft des freien deutschen Unternehmers, im Interesse des Gesamtvolkes, in den Dienst des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft zu stellen.“

Alle die Unternehmer einig, geschlossen in einheitlichen Organisationen ohne Rücksicht auf die Verteilung des Einzelnen im Kampfe gegen die Arbeiterchaft und die Betriebsräte. Und die Arbeiter? Zu ihrem Nachteil sind die verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen gegruendet worden. Durch unermüdliche Arbeit und unter schweren Kämpfen haben die freien Gewerkschaften als die ältesten und stärksten sich eine einflußreiche Stellung im Wirtschaftsleben verschafft. Die freien Gewerkschaften sind es nur noch allein, welche eine einheitliche Front gegen die anstürmende Reaktion bilden.

Diese einheitliche Front wird von Kommunisten und Unionisten zu zerreißen versucht. Würde ihnen das gelingen wäre die Arbeiterchaft rettungslos der Willkür der Unternehmer preisgegeben. Und warum sollen die Gewerkschaften gespalten werden? Um sie in den Dienst der parteipolitischen Bestrebungen der Kommunisten, wie sie von der Moskauer Internationale vorgezeichnet sind, zu stellen. Die Diktatur des Proletariats nach russischem Muster ist nach Moskau das erstrebenswerte Ziel. Wohin diese Diktatur führt, zeigt uns Rußland selbst.

Nach der Errichtung der Sowjetherrschaft wurden die industriellen Betriebe sofort sozialisiert, indem die Besitzer und Leiter derselben entfernt wurden. Die spontan errichteten Betriebsräte übernahmen die Leitung. Nach kurzer Zeit haben sich Lenin und Trozki jedoch genötigt, die Fabrikräte zu beseitigen und die alten Leiter der Betriebe zurückzurufen. Die Sowjetregierung ist gezwungen, um den Wiederaufbau in Rußland zu ermöglichen, ausländische Kapitalisten nach Rußland zu rufen und denselben die Ausbeutung des Landes und der Arbeiter zu übertragen. Zu diesen Kapitalisten gehört auch Stalin. Diese Tatsache wird von den Kommunisten nicht mehr bestritten. Durch die Diktatur ist also nur erreicht worden, daß an Stelle der inländischen fremde Kapitalisten das Land und die Arbeiter ausbeuten.

Damit ist der Beweis erbracht, daß die Methoden von Moskau falsch sind und nur der Reaktion den Weg ebnen. In dem hochindustriell entwickelten Deutschland, das auf die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln aus dem Auslande angewiesen ist, würde dies noch weit mehr der Fall sein als in dem agrarischen Rußland.

Man sollte nun annehmen, daß solche Erfahrungen die Kommunisten veranlassen müßten, ihren Zertum einzusehen und zur Demokratie zurückzuführen. Aber weit gefehlt; statt dessen erwarten sie alles Heil von der Weltrevolution. Sie wissen, daß dieselbe ein Phantom ist und bei den Arbeitern nicht verfangt. Deshalb versuchen sie ihr Ziel, die Gewerkschaften vor ihren Klauen zu spannen, auf andere Art zu erreichen. Sie behaupten, um die so notwendige Einheitsfront der Arbeiter herzustellen, sei es nur notwendig, die Gewerkschaftsbureaucraten zu beseitigen, denn nur diese Händen der einheitlichen Aktion der Arbeiter im Wege. Um diese Behauptung den Arbeitern schmackhaft zu machen, werden von den Kommunisten Forderungen aufgestellt und die Gewerkschaften aufgefordert, zur Durchführung derselben in eine gemeinsame Aktion einzutreten. Unter den Forderungen befinden sich neben parteipolitisch-kommunistischen auch einige selbstverständliche gewerkschaftliche Forderungen, für welche die Gewerkschaften schon immer eingetreten sind und deren Durchführung viel leichter wäre, wenn die Zerstückelungsarbeit der Kommunisten und Unionisten unterbliebe. Rechnen die Gewerkschaften die Aktion für kommunistische Diktatur im Interesse der Arbeiter ab, dann ist nach Ansicht der Moskauer Junger der Beweis erbracht, daß die Gewerkschaftsführer antirevolutionär und Kapitalisteneinde sind. Das ist die Methode, wie sie von Moskau vorgezeichnet ist. Die Anwendung illegaler Mittel, das Verschweigen der Wahrheit und Anwendung der Lüge, wie sie von Lenin empfohlen wird.

Dasselbe Verfahren soll bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen zur Anwendung kommen. Von der Reichsgewerkschaftszentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands sind Richtlinien für die Betriebsratswahlen veröffentlicht worden. In denselben heißt es u. a.:

„In den Betriebsratswahlen stellt die KPD, durch ihre Betriebsfraktionen, in welchen Unionisten und Gewerkschaftler zu gemeinsamer Arbeit vereint sind, eigene Listen auf. Die Kandidaten werden von den Unionisten und Gewerkschaftlern nur nach dem Gesichtspunkt ihrer unbedingten Zuverlässigkeit und Kampferprobtheit ausgewählt ohne Rücksicht auf ihre gewerkschaftliche Zugehörigkeit.“

Die Liste soll der Belegschaft durch Flugblätter als die Liste der KPD bekannt gemacht werden. Um die Einheitsfront zwischen Unionisten und Gewerkschaftlern zu dokumentieren, sollen die Flugblätter noch einmal mit der Liste versehen werden, unter Einwirkung der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit eines jeden einzelnen Kandidaten. Die von der Betriebsfraktion aufgestellten Kandidaten müssen sich unter schriftlich verpflichten, nach den Richtlinien der KPD zu wirken.

Aus diesen Richtlinien geht klar und deutlich hervor, daß es auf eine Täuschung der Belegschaftsmitglieder abgesehen ist. Es soll der Eindruck erweckt werden, als ob es sich um gemeinsame Listen der Union und der freien Gewerkschaften handle. Eine Gemeinsamkeit zwischen Unionisten und freien Gewerkschaften gibt es nicht, kann es nicht geben, weil die Unionisten gleich den Kommunisten die Gewerkschaften zu zerstören suchen. Ihre Tätigkeit ist arbeitfeindlich und gereicht nur dem Unternehmertum zum Vorteile.

Die Freie Arbeiter-Union Gelsenkirchen ist ja bereits vollständig zu den Kommunisten übergegangen. In einer am 3. Januar d. J. in Gelsenkirchen stattgefundenen gemeinsamen Sitzung von Vertretern der KPD, und der Freien Arbeiter-Union, an der auch als Vertreter der Reichsgewerkschaftszentrale der KPD, Richard Müller aus Berlin teilgenommen hat, ist eine Vereinbarung zustande gekommen, nach der die Freie Arbeiter-Union sich vollständig unter die Kontrolle der KPD, und der Reichsgewerkschaftszentrale stellt. Sie ist inzwischen auch in die rote Moskauer Gewerkschaftsinternationale aufgenommen worden. Ein Unterschied zwischen Kommunisten und Unionisten kann also nicht gemacht werden. Ihr Vorgehen schädigt die Arbeiterchaft und hemmt den Befreiungskampf des Proletariats.

Im Bergbau stehen wir vor der Lösung wichtiger wirtschaftlicher Aufgaben, bei deren Verwirklichung die Betriebsräte, gestützt auf die Gewerkschaften, hervorragend mitwirken müssen. Die Wahlen der Betriebsräte sind somit für die Bergarbeiter von ganz besonderer Bedeutung. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Kameraden, tatkräftig mitzuarbeiten, daß die von den freien Gewerkschaften aufgestellten Listen gewählt werden.

Wirtschaftsanarchie in der Kaliindustrie.

Das deutsche Volk leidet mit Ausnahme der Arbeiter und Arbeiterinnen bitterer Not. Vor allem aber sind es die Arbeiter, Arbeiterinnen, Beamten, Handwerker, Kleinrentner, Unfall-, Kriegs- und sonstige Invaliden, Witwen und Waisen usw., die sich - hoffnungslos - kaum noch ein Stückchen Brot kaufen können. Wie es infolge der Erzeugung mit dem Gesamtvolke dieser Armut und der Kinder insbesondere aussieht,

darüber geben uns die Letzte ein geradezu grauenregendes Bild. Malaria, Strophulose, Tuberkulose und andere Seuchen, alles Folgeerscheinungen der Unterernährung, greifen mit rasender Geschwindigkeit um sich. Das deutsche Volk aber soll oder will nicht erkennen, daß die Volkskrankheiten eine ganz natürliche Folge der Fruchtbarkeit unserer Wirtschaftssysteme sind. Es soll und darf nach dem Willen der Arbeiter des dreimal geheiligten privatkapitalistischen Wirtschaftssystems nicht erkennen, daß in dem gleichen Maße die Not der Masse des Körpers mit der unserer Wirtschaftskörper fortzuschreiten muß.

Wie tief sich diese bereits eingetretene hat, beweisen nicht nur die Verhältnisse in der Kohlen- und Eisenindustrie, sondern beweist auch in geradezu erschreckendem Maße die wirtschaftliche Anarchie in der Kaliindustrie.

Galten wir zunächst fest: die maßlose Vertenerung der Kohle und des Eisens übt naturgemäß ihre Wirkung auch auf die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte aus. Nach den uns aus der Landwirtschaft zugegangenen Mitteilungen muß heute der zwanzig- bis dreißigfache Betrag gegen den im Jahre 1914 angelegten für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte bezahlt werden. Ferner sind die Düngemittel Kali, um das sechsfache, Phosphat und Stickstoff im Großhandel um das fünfzehnfache und zwanzigfache gegen 1914 im Preise gestiegen. Unsere Volkswirtschaften aber stellen Betrachtungen an darüber, wie es denn kommt, daß wir mehr und mehr aus der intensiven zur extensiven Bewirtschaftung unserer ertragsfähigen Bodens gelangen.

Im Gegensatz zu den sonstigen Preisen erscheinen die Kalipreise außerordentlich niedrig. Die Kaliverkäufer hatten dem auch dem Reichskriegsamt am 2. Februar d. J. einen Antrag auf Preiserhöhung von 50 bis 55 Prozent (ungefähr 300 Millionen Mark) unterbreitet. In der Sitzung des Reichskriegsamt vom 2. Februar d. J. ist der Antrag gegen die Stimmen des Handels und der Werkbesitzer abgelehnt worden. Die Arbeitnehmervertreter sind wegen der Ablehnung des Antrages auf Preiserhöhung von den Kaliverkäufern in der Öffentlichkeit schwer angegriffen worden. Es erscheint deshalb notwendig, über die Art und Weise, wie die Kaliunternehmer den Bankrott ihrer Wirtschaftspolitik zu verschleiern versuchen, Aufklärung zu schaffen.

Geradezu sinnlos ist in der Kaliindustrie gemutet, gebehrt und abgeteufelt worden. Das geschah fast ausschließlich aus Spekulationsgründen, ohne auch nur im geringsten auf den Bedarf Rücksicht zu nehmen. Immer wieder haben die Vertreter der Arbeiter ihre Stimme dagegen erhoben. Vergeblich! Der Wahnsinn ging so weit, daß bereits im Jahre 1905 sogar der konjunkturbildende Abgeordnete v. Camp im preussischen Abgeordnetenhaus dagegen Stellung nahm und von der damaligen preussischen Regierung Gegenmaßnahmen verlangte. Das Dreiklassenparlament und die wilhelminische Regierung lehnten aber durchgreifende Maßnahmen ab. Der Zusammenbruch des Kalispiels im Jahre 1909 veranlaßte die Werkbesitzer, die Reichsregierung um Aufhebung des freien Spiels der Kräfte, und um gezielte Regelung der Kaliindustrie zu ersuchen. Die Regierung und die Mehrheit des Reichstages im Jahre 1910 verfuhr jedoch nach dem bekannten Rezept: „Wasch mir den Kopf, doch mach ihn nicht naß!“ Die wenigen großen wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die von den Arbeitervertretern im Reichstag in das Gesetz vom 25. Mai 1910 hineingebracht wurden, sind durch die erlassenen Ausführungsbestimmungen fast vollständig wirkungslos geblieben. Es ist vielleicht gut zu wissen, daß der damalige Unterstaatssekretär im Handelsministerium Dr. Richter später als Vorsitzender des Aufsichtsrates des Kalisyndikats von den Kaliverkäufern gewählt wurde. Der eigentliche Zweck des Gesetzes, Einschränkung oder Verhinderung von Neugründungen, wurde nicht erreicht. Ja, man kann ohne Ueber-treibung sagen, der Gründer- und Spekulationswahn nahm nach dem Jahre 1910 erst die tollsten Formen an. Besser als Worte drückt das die Statistik aus. Im Jahre 1909, als wegen der Uebergründungswirtschaft das Syndikat in die Brüche ging und als gezielte Maßnahmen zum Zwecke der Einschränkung der bereits erwogen wurden, hatten wir 53 Kaliberke. Die Entwicklung vollzog sich dann wie folgt: 53, 1910: 62, 1911: 82, 1912: 104, 1913: 133, 1914: 176, 1919: 206 Schächte.

Bevor wir die fatalistische Wirkung der Uebergründungswirtschaft auf die Abnahmeverhältnisse speziell darstellen, sei folgendes vorausgeschickt: In einer Sitzung mit mehreren Arbeitnehmervertretern erklärte der Direktor eines großen Kalikonzerns u. a., daß es ihm die Einrichtungsanlage des Mutterwerkes seines Konzerns bei voller Ausnutzung der vorhandenen technischen Hilfsmittel ermögliche, jährlich 500.000 Doppelzentner K₂O zu fördern. Demgegenüber betrachte man die wirklich in der Durchmitt-förderleistung pro Werk nach der Entwicklung von 1909 bis 1919. Die Durchmittsförderung betrug pro Schacht im Jahre 1909: 127.421 Dz., 1910: 138.368, 1911: 114.625, 1912: 97.040, 1913: 80.461, 1914: 51.363, 1919: 41.747 Dz. Also statt 500.000 Dz., die nach Ansicht eines ausgezeichneten Kenners der Kaliindustrie pro Jahr gefördert werden könnten, werden in Wirklichkeit nur 41.000 Dz. O.K. gefördert. Mit anderen Worten: 11 Zwölftel der technischen und isokischen Anlagen der Kaliindustrie liegen völlig unbenutzt. Einmal so viel Kapital oder Arbeitskraft, wie notwendig gewesen wäre, ist aufgewandt worden - ist lediglich aufgewandt worden, um das Spekulationsbedürfnis gewisser Kreise zu befriedigen! Da aber alle Werke, auch die stillliegenden und die nur teilweise ihre Anlagen ausnützenden, nicht nur die Amortisierung und eine nach kapitalistischen Grundätzen gerichtete Verzinsung des aufgewandten Kapitals, sondern darüber hinaus besonders hohe Gewinne für sich beanspruchen, müßten die Kalipreise der jeweiligen Durchmittsförderung pro Jahr - also jetzt 41.000 Dz. - angepasst werden. Man sollte meinen, dieser Wahnsinn wäre nicht mehr zu überbieten und das ganze Volk erhöhe sich zum Schutze seiner nationalen Bodenschätze, mit denen von einigen Privatkapitalisten, wie hier nachgewiesen ist, der schamloseste Mißbrauch getrieben wird.

Aber der Lärm um die schmutzigen Papierfetzen hat den an der vordersten Spitze der Reaktion marchierenden Kapitalfeindanten vollständig den Verstand geraubt. Man weiß, die Öffentlichkeit hat noch andere Sorgen, und deshalb haben sie sich trotz des Unfuges, den sie angerichtet, bis auf den heutigen Tag in der Industrie halten können. Es ist deshalb vom Standpunkt der Kaliverkäufer erklärlich, daß sie nunmehr auch die Arbeiter ganz ungeniert auffordern, diesen Wahnsinn mitzumachen.

Am 16. Februar d. J. fanden Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband statt. Diese waren infolge der ungeheuren Preissteigerungen für Nahrungsmittel und Bedarfsartikel notwendig geworden. Die Löhne der Kaliarbeiter stiegen 10 bis 12 Mark pro Schicht niedriger, als die der Braunkohlenarbeiter. Die Werkbesitzer lehnten jedes Zugeständnis glatt ab. Nicht nur das; sie erklärten rund heraus, daß sie den vom Reichsarbeitsminister für die Kaliindustrie für verbindlich erklärten Schiedsspruch vom 20. November 1920 nicht erfüllen würden. Nebenbei gesagt: ein Musterbeispiel dafür, wie die Kreise, die über mangelnde Autorität der Regierung schimpfen, eben diese (Autorität) stützen und schützen. Wir setzen als ganz selbstverständlich voraus, daß der Herr Reichsarbeitsminister versuchen wird, auch diesen Sexen gegenüber seine Autorität

zu wahren. Aber sehen wir, was die Werkbesitzer von den Organisationsvertretern in der fraglichen Sitzung verlangten. In zwei Erklärungen haben sie ihre Forderungen niedergelegt. In der ersten verlangen sie:

1. Anerkennung der schlechten Lage der Kaliindustrie.
 2. Zustimmung zu einer Preiserhöhung bis zur Höhe von 500 Millionen Mark.
 3. Das Eintreten für die Einführung einer zentral gelegenen einheitlichen Frachtpartikulation.
 4. Die Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen über Zuständigkeiten eines Teiles der vom Empfänger zu tragenden Frachten an das Kalisyndikat.
 5. Das Eintreten für Quotenübertragungen und Werksstilllegungen.
 6. Verzicht auf die durch Schiedsspruch vom 20. 11. 1920 anerkannten und die vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärte Lohnzulage ab 1. November 1920.
- In der zweiten drohen sie mit:
1. Stilllegung zahlreicher Werke.
 2. Einlegung von Fetschäften.
 3. Verminderung der Belegschaften.
 4. Sofortiger Kündigung der Lohnaufseher.

So weit sind wir also schon. Derartige Unverschämtheiten kann man sich nur erlauben, wenn man die Uneinigkeit der Arbeiter von vornherein mit in Rechnung stellt. Durch diese Rechnung aber haben die Ökonomen der Betriebe und die Vertrauensleute der Organisationen aller Richtungen einen dicken Ertrag gezogen. In einer am 22. Februar d. J. in Magdeburg von 300 Ökonomen und Vertrauensleuten aus der Kaliindustrie beischickten Konferenz wurde dazu folgendes einstimmig erklärt:

„Die einstimmig zugunsten der Arbeitgeber geforderte Erklärung I konnte für die Arbeitnehmervertreter keine Grundlage zu Verhandlungen sein. Mit den Verhandlungen ihrer Vertreter erklärt sich die Konferenz einverstanden.“

Die Erklärung II des Arbeitgeberverbandes betrachtet die Konferenz als eine scharfe Kampfanzeige an die gesamte Arbeiterschaft der Kaliindustrie. Die Konferenz verpflichtet die Organisationsvertreter aller Richtungen in der Kaliindustrie, sofort die geeigneten Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Trotz der Kampfanzeige des Arbeitgeberverbandes erklärt sich die Konferenz bereit, ihre Vertreter zu erneuten Verhandlungen auf folgender Grundlage zu ermächtigen:

1. Anerkennung des Schiedsspruches vom 20. November 1920,
2. Angleichung der in der Kaliindustrie gezahlten Löhne an die der Braunkohlenarbeiter,
3. Sanierung der Industrie durch entsprechende Maßnahmen.

Die Konferenz verpflichtet alle Arbeiter und Angestellten in der Kaliindustrie in Anbetracht der außerordentlich ernstlichen Lage, sich entschließen hinter ihre Organisation zu stellen. Nur so ist es möglich, zur Gesundung der Kaliindustrie und zu annehmbaren Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu gelangen.“

Das ist die Erklärung der Arbeiterchaft. Wie die Gemeinen den, die durch die Werksstilllegungen schwer betroffen werden, über das Anfechten der Werkbesitzer denken, werden wir bald hören. Wir sind aber auch begierig, zu wissen, wie sich das Volk bzw. seine Vertreter und die Regierung zu dieser Art Wirtschaftspolitik stellen. Ganz offen haben es diese Zeitgenossen angekündigt, daß sie nicht nur die vordringend angeführten Drohungen verwirklichen werden, sondern daß sie nunmehr eine Anzahl Kaliberke erkaufen lassen wollen. Das also sind die „Fachsänner“, die „Wiederbauführer“, die nicht nur unsere wertvollen unterirdischen Bodenschätze gefährden, sondern ganz offen mit deren beabsichtigter Vernichtung drohen dürfen und zwar in „höherem“ Interesse einer Handvoll schwerreicher Privatkapitalisten. Das Volk kann verhungern, wenn sie nur bis zu 50 Prozent Dividende verteilen können.

Sie stehen die vitalsten Interessen auf dem Spiele. Wir fragen die Regierung: Was geschieht, um diesen verbrecherischen Wahnsinn zu beenden? Für uns gibt es nur eine Lösung: Ueberführung der Ausnutzung unserer unterirdischen Bodenschätze aus den Händen des Privatkapitals in die Gemeinwirtschaft.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Konferenz der Tagesarbeiter unseres Verbandes.

Die Vertreter der Tagesarbeiter unseres Verbandes für das gesamte Ruhrgebiet nahmen am 13. Februar zu den demnächst stattfindenden Lohn- und Tarifverhandlungen und zu den bevorstehenden Betriebsratswahlen Stellung. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen und die Vertreter des Verbandes beauftragt, die genannten Forderungen bei den Verhandlungen mit allem Nachdruck zu vertretzen:

Entscheidung I.

Die heute, am 16. Februar, tagende Konferenz der Tagesarbeiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands vom gesamten Ruhrgebiet fordert eine Gleichstellung ihrer Löhne mit denen der anderen gleichwertigen Arbeiter in ben anderen Industrien. Sie fordert die Vertreter der Organisation auf, die gestellte alte Forderung: „Verminderung der Sonntagsarbeit mit 100 Prozent“ mit allem Nachdruck zu vertreten. Weiter verlangt sie Abschaffung aller Ueberlöschen und Zahlung eines solchen auskömmlichen Lohnes auf die laufenden Schichten, womit jeder seine und die Bedürfnisse seiner Angehörigen bestreiten kann. Soweit wie das Pflicht-Eigentum weiter besteht, verlangt sie für alle Tagesarbeiter ein Recht auf diese Schichten ebenfalls mit Bezahlung von 100 Prozent oder dafür einen entsprechenden Ausgleich. Bei den demnächst stattfindenden Tarifverhandlungen fordert die Konferenz für die an der Förderung Beschäftigten die gleiche Sichtzeit, wie sie die Unterirdischen haben. Dieses ist ein als Vorrat, welches ihnen beim Einführen der Tarifverträge genommen wurde.

Für Feuerarbeiter und für die in schmelz- oder saurehaltigen Betrieben Arbeitenden sind Schutz- und Arbeitskleider seitens der Bes. zu liefern.

Die Arbeitszeit für alle Tagesarbeiter darf einschließlich der Pausen 8 Stunden nicht überschreiten.“

Entscheidung II.

„Die Konferenz der Vertreter der Tagesarbeiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das gesamte Ruhrgebiet protestiert ganz energig gegen die Verfügung der Regierung, den Tagesarbeitern für verarbeitete Ueber- und Sonntagsarbeiten die Brotzuzugsmarken zu entziehen. Durch diese Maßnahme wird die Zufriedenheit und Arbeitsfreudigkeit unter den Tagesarbeitern auf keinen Fall gefördert. Wenn die Regierung auf diesem Gebiete sparen will, so mag sie den Schiebern, Wucherern und Nichtstuerern die Brotmarken entziehen, aber den fleißigen, schwer arbeitenden Tagesarbeitern nicht, die im Interesse der Allgemeinheit noch Ueberlöschen verfahren und die beim Verfahren dieser Schichten ausschließlich nur von Brot leben müssen. Es muß außerordentlich tief befremden und eine große Mißstimmung unter den Tagesarbeitern erregen wenn man sieht, wie die Regierung einer Bevölkerungskategorie keine produktive Arbeit leistet, ein Leben in Wohlstand und Heißigkeit gestattet, auf der anderen Seite aber von den schwer schuftenden Arbeitern immer mehr Arbeit verlangt, ihnen aber die dazu notwendigen Lebensmittel vorenthält.“

Die Konferenz erwartet, daß die Regierung den berechtigten Forderungen der Tagesarbeiter Rechnung trägt, andernfalls sie bei eintretenden Eventualitäten auch die Verantwortung trägt.“

Entscheidung III.

Da in nächster Zeit überall die Betriebsratswahlen stattfinden, ist es notwendig, daß auch die Tagesarbeiter hierzu Stellung nehmen. Es muß von ihnen darauf hingewirkt werden, daß sie auf allen Schichtanlagen, entsprechend ihrer Stärke, im Betriebsrat vertreten sind. Zu diesem Zweck empfiehlt es sich, daß die Mitglieder aller freien Gewerkschaften sich unter Tage auf einer gemeinsamen Plattform einigen. Nur durch die Einigkeit und Geschlossenheit aller freien Gewerkschaften kann dem Verlangen der gewerkschaftlichen Organisationen Einhalt getan und der Gemeinwohl dadurch am besten gebient werden.“

Gegen die Keimzellenbauer und Verbandszerstörer.

Das kommunistische "Ruhr-Echo" (Essen) vom 23. Februar veröffentlicht einen Aufruf: "An alle Mitglieder des Bergarbeiterverbandes!"

Diese Darstellung ist ebenso unwahr, wie das Treiben der moskowitzischen Keimzellenbauer und Verbandszerstörer infam ist.

- 1. an der Bildung kommunistischer Keimzellen oder Fraktionen betätigen oder sie fördern,
2. an Konferenzen teilnehmen, die von kommunistischer Seite einberufen sind,
3. als Kandidaten für die kommunistischen Wahllisten aufstellen lassen oder für sie agitieren,

Die Einheitsfront und die notwendige Verbandsabspaltung durchbrechen und sich so ohne weiteres außerhalb des Verbandes stellen!

Es wurden (aus Anlaß des kommunistischen bei Eshen 2. Feb.) hergestellt 800 000 Flugblätter und 6000 Plakate.

Unser Verband hat weder mit der Streikleitung der Sächsischen Arbeiterkammer noch mit dem Aktionsausschuß der Betriebsräte des Bergbaues in Rheinland-Westfalen...

Es gilt mit aller Kraft, die Arbeitsgemeinschaft der Verbandsbürokraten mit den Stinnes & Co. zu zerreißen.

Unser Verband hat seit mehr als 30 Jahren unter den schwierigsten Verhältnissen, allen Verfolgungen und Verleumdungen zum Trotz, den revolutionären Klassenkampf...

"Brüllt feste zu jeder Friste, Dann biße Kommunike!"

In dem geheimen Rundschreiben wird weiter gesagt, daß es unbedingt notwendig ist, in allen Versammlungen unseres Verbandes die im kommunistischen Sinne gehaltenen Entschlüsse...

den Bergarbeiterverband von der reformistischen, im Dienste des internationalen Unternehmertums stehenden Umstürzler-Internationalen loszulösen...

Mögenfalls werde von der kommunistischen Reichsregierung eine Reichskonferenz aller im Bergarbeiterverband organisierten revolutionären Arbeiter...

Moskowitz an der Arbeit.

Die moskowitzischen Keimzellenbauer und Verbandszerstörer verschenden an Funktionäre und Betriebsratsmitglieder unseres Verbandes folgenden Fragebogen:

Essen, den 20. Februar 1921.

Werter Genosse! Wir bitten Sie höflich, untenstehenden Fragebogen möglichst sofort und genau an die angegebene Adresse einzuliefern...

Bitte sofort beantworten, genau und sofort einsenden an: Reichsregierungspräsidium, Abt. Bergbau, Essen-West, Koblenstraße 7.

Wer sich den Moskowitzern in der hier gewünschten Weise dienlich macht, stellt sich außerhalb des Verbandes.

Die Freie Arbeiter-Union Ostpreußen hat sich jetzt den Moskowitzern völlig unterworfen und bildet somit nur noch eine Filiale von Moskau.

Bei dieser Selbstenttarnung haben mitgewirkt: Richard Müller-Berlin, Wilhelm Löwe, Wilhelm Pöhlke, H. Schönbach, Ernst K. Schröder, Essen, H. Bartels-Duer, Josef Witt-Glabbe, Carl Wagner-Greif, Bogner-Essen und Tuchnast-Wanne.

Höhere Bergbeamte und Berggewerbetätige.

Von der Berufsvereinigung der höheren Beamten der staatlichen Berg-, Hütten- und Eisenverwaltung im Obergamtebezirk Dortmund...

Hannover, Braunschweig, Hessen-Nippen.

Raum Schlaraffenland der Arbeit.

Ein Kamerad schreibt uns: Auf dem Kaiserwerk Wilhelm v. Neelinghausen, Gewerkschaft Hülshoff bei Uebendorf...

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Arbeiterbehandlung auf den Eintrachtwerken.

Die Unternehmer des Braunkohlenbergbaues suchen nach wie vor die Notlage der Arbeiter auszunützen und ihnen das Damoklesschwert des Hungers über den Kopf zu halten.

Erklärung. Falls meiner Einstellung als Arbeiter nichts im Wege steht, erkläre ich mich mit der Einstellung...

Dieser Akt ist von einer Anzahl der Arbeiter unterschrieben worden. Mit solchen Mitteln will die Verlesung der Stellung der Belegschaft...

Wir bitten, das Arbeiterrecht achten zu wollen.

In der "Bergarb.-Ztg." vom 19. Febr. d. J. brachten wir einen Bericht über die letzte Generalversammlung des Sächsischen Knappschaftsvereins...

Berichte Wert legen, wollen sie sich vertrauensvoll an uns wenden, wir sind bereit, sämtliche Notizen zu liefern.

Die Explosion auf Silberfeld.

Wir erhalten hierzu folgende Mitteilung: In Nr. 7 Ihres Blattes vom 12. Febr. 1921 bringen Sie am Schluss der Seite 2 einen Bericht...

Wir haben in Nr. 7 unserer Zeitung ein uns zugewandenes Telegramm veröffentlicht, das dieses Versehen enthält.

Streik auf Salzgrunde.

Am 15. Februar trat die Belegschaft des Kaiserwerkes Salzgrunde aus Anlaß der Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden...

Antwort auf den "Offenen Brief" im "Altenlampf" (Nr. 29).

Auf den "Offenen Brief" des Reichsbürgers H. Scheibner in Nr. 29...

Der übergroße Teil der Mitglieder des alten Bergarbeiterverbandes steht...

Der Leiter des Informationsbüros Hesse steht in keinem Verwandtschaftsverhältnis zu mir...

Ein Fräulein Unbekannt ist und war noch niemals bei der Verlesung in Stellung...

Die Angelegenheit im Bezirk wurden niemals nach ihrer politischen Bestimmung...

Ich bin auch heute noch mehrere Beamte beschäftigt, die meine politischen Gegner...

Es ist nicht auf meine Veranlassung von seiner Mitarbeit mit der W.A. zurückgetreten...

Ich habe mich in der Vergangenheit nicht als Kandidat für den Reichstag...

Der frühere Verwaltungsbeamte Berger in Bitterfeld wurde auf Verlesung...

Der frühere Regimentsarzt Gerbe ist auf Grund des Rohlenwerkbeschlusses...

Es ist nicht wahr, daß ich in Berlin eine auch nur ähnliche Neugierung...

Ich erkläre Scheibner so lange für einen Strahlfänger und Verleumder...

Ich meine diese regelmäßig zu mache, werde ich auf weitere "Offene Briefe"...

Saargebiet.

Ein Aufruf an die Saarbergleute.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaften in der Saar...

Kameraden! Die leider immer noch fehlende Verständigung der Arbeiter...

An die Verbandsmitglieder!

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung in der "Bergarbeiter-Zeitung"...

Am übrigen verweisen wir auf die in Nr. 6 der "Bergarb.-Ztg." vom 5. Februar d. J. veröffentlichte Bekanntmachung.

